

EU-Dialogprogramme 2012

für MultiplikatorInnen aus Deutschland

Veranstaltungsorte:
Brüssel und Straßburg



Inhalt

Dialogprogramme am Veranstaltungsort Brüssel

Zielsetzung und Zielgruppen der Dialogprogramme in Brüssel	4
Programm 2012 am Veranstaltungsort Brüssel:	
• Europäische Städte im Klimawandel	5
• Die EU und die digitale Gesellschaft	5
• Europäische Verkehrspolitik für eine nachhaltige Industrie	6
• Soziale und ArbeitnehmerInnenrechte im Binnenmarkt	6
• Pressenachwuchs für eine europäische Öffentlichkeit	7
• Europäische Migrationspolitik zwischen drinnen und draußen	8
• Beschäftigung, Qualifizierung und Mobilität in der EU	8
• Schutz und Stärkung von Grundrechten durch die EU	9
• Neue Förderschwerpunkte für den mehrjährigen EU-Finanzrahmen	10
Praktische Informationen zu den Programmen in Brüssel	11
Politische Bildungsprogramme im Europäischen Parlament, Straßburg	
Allgemeine Zielsetzung der Bildungsprogramme in Straßburg	13
Sitzungswochen des Europäischen Parlaments, in denen Informationsbesuche möglich sind	13
Praktische Informationen zu den Bildungsprogrammen in Straßburg	14
Über das Europabüro der Friedrich-Ebert-Stiftung	15

Dialogprogramme am Veranstaltungsort Brüssel

Zielsetzung

Die EU-Dialogprogramme des Europabüros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel geben den TeilnehmerInnen die Möglichkeit zum Dialog mit einem möglichst breiten Spektrum an EntscheidungsträgerInnen und VertreterInnen europäischer Institutionen sowie von Verbänden und Lobbygruppen im jeweiligen Themenbereich. Neben einem vertieften Einblick in die jeweils relevanten Zusammenhänge und der Auseinandersetzung mit den Akteuren auf europäischer Ebene sollen Herausforderungen und Defizite identifiziert sowie Lösungsvorschläge und Anregungen gemeinsam diskutiert werden.

Zielgruppen

Die Dialogprogramme richten sich an gesellschaftspolitische MultiplikatorInnen im weiteren Sinne. Darunter sind FunktionsträgerInnen und Mitglieder lokaler und regionaler politischer Gremien, Verwaltungen, Gewerkschaften, Betriebsräte, Presse, Bürgerinitiativen, Verbände, Vereine sowie sonstige VertreterInnen der organisierten Zivilgesellschaft zu verstehen.

Die TeilnehmerInnen sollen die in den Dialogprogrammen gewonnenen Erkenntnisse zu Inhalten, Verfahren und Ansprechpartnern auf europäischer Ebene in die praktische Arbeit und das gesellschaftliche Umfeld zu Hause vor Ort einfließen lassen und weitergeben. Die TeilnehmerInnen sind im gleichen Zuge Wissensträger, die Erfahrungen der lokalen, regionalen und nationalen Ebene in die Gespräche mit den ReferentInnen im Programm einbringen und einen Beitrag leisten, die europäische näher an die nationale Ebene zu rücken und umgekehrt.

Seminarprogramm 2012 am Veranstaltungsort Brüssel

26. - 29. Februar 2012

Europäische Städte im Klimawandel

Die Städte und Gemeinden in der Europäischen Union (EU) haben in vielerlei Weise Anteil an der europäischen Klimaschutzpolitik. Während sich die Mitgliedstaaten der EU auf die umfassenden 20-20-20 Ziele geeinigt haben (20% CO₂-Reduzierung, 20%-Anteil erneuerbarer Energien und 20% mehr Energieeffizienz bis 2020), sind bis hinunter auf die kommunale Ebene zahlreiche Schritte zur Umsetzung dieser Vorgaben erforderlich. Ein zentraler und vor allem auch kostenintensiver Bestandteil ist dabei die Energieeffizienz öffentlicher Gebäude. Neben bereits bestehenden EU-Regeln etwa zur Zertifizierung von Gebäuden soll mit einer neuen Energieeffizienzrichtlinie eine jährliche Rate von 3% für die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude eingeführt werden. Darüber hinaus entwickelt die EU im Rahmen der Verkehrspolitik Ansätze für umwelt- und ressourcenschonende Mobilität in Städten, die sich direkt auf die Lebensqualität der Menschen auswirkt. Auch über Nachhaltigkeitskriterien bei öffentlichen Ausschreibungen und Vergabe, über die die EU wacht, können Städte und Gemeinden zum Klimaschutz beitragen. Aspekte von EU-Fördermitteln und die für die europäischen Wettbewerbshüter sensible Frage von öffentlichen Beihilfen spielen ebenso eine wichtige Rolle für die klimapolitischen Anstrengungen der Städte.

Das Dialogprogramm gibt Gelegenheit, im Austausch mit EU-VertreterInnen Fragen zur Umsetzbarkeit und Gestaltungsmöglichkeiten der kommunalen Ebene im Bereich der Klimapolitik zu diskutieren, Empfehlungen zu entwickeln und Kontaktpersonen kennenzulernen.

25. - 28. März 2012

Die EU und die digitale Gesellschaft

Die digitale Welt bietet große Potentiale für die nachhaltige Entwicklung unserer Wirtschaft und Gesellschaft sowie zur Sicherung unseres Wohlstandes. In der Tat erfordern diverse Risiken für Daten- und Verbraucherschutz sowie sensible Infrastrukturen defensive Politikansätze. Darüber hinaus bedarf es jedoch zur vollen Entfaltung der Potentiale des Netzes im Sinne der Solidarität und des Fortschritts vielmehr der konstruktiven politischen Gestaltung. Hierzu gehören die Förderung der digitalen Wirtschaft allgemein als Wachstums- und Zukunftsmotor, Impulse im Bereich Forschung und Innovation oder im Bereich der Politiken für Klein- und Mittelbetriebe. Neben der Wirtschaft spielt gleichermaßen die Gesellschaft eine ebenso wichtige Rolle. Angesichts des rasenden Bedeutungsgewinns des Internets und seiner zunehmenden Komplexität in vielen verschiedenen Bereichen besteht ein öffentliches Interesse an der Befähigung aller zur Teilhabe an der

digitalen Gesellschaft, sowohl durch den Aufbau von Infrastruktur als auch bei der Förderung der digitalen Kompetenzen der Menschen und der Sicherung des Gleichheitsgrundsatzes (z.B. beim Datenverkehr) im Netz. Da das Netz per se grenzenlos ist und sich über Ländergrenzen hinwegsetzt, liefert die EU mit ihrem Binnenmarkt eine ordnungspolitische Ebene für eine Vielzahl der genannten Herausforderungen.

Das Dialogprogramm diskutiert mit VertreterInnen aus den EU-Institutionen und deren Umfeld die Rolle der EU für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der digitalen Gesellschaft und erörtert Instrumente zur Förderung der Potentiale des Netzes in der EU.

04. - 06. Juni 2012

Europäische Verkehrspolitik für eine nachhaltige Industrie

Verkehr und Mobilität sind zentrale Triebfedern für Wirtschaft und Arbeitsplätze in Europa. Angesichts von Klimawandel und (vor allem fossiler) Ressourcenverknappung steht die Entwicklung des europäischen Verkehrs und seiner Industrien jedoch vor großen Herausforderungen, die einen umfangreichen Strukturwandel erfordern. Aber wie können bei steigendem Verkehrsaufkommen die Gesamtemissionen gesenkt, das Klima sowie unsere Lebensqualität geschützt und gleichzeitig die Entwicklung der Wirtschaft angetrieben sowie Arbeitsplätze erhalten werden? Die Europäische Kommission macht mit ihrem „Fahrplan hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“ Vorgaben für den Umbau der Verkehrswirtschaft in Europa. Gleichzeitig fragen sich die rund 10 Millionen Beschäftigten in der Verkehrsbranche in Europa, wie sich dieser Umbau für sie auswirkt. Unklar ist auch, wer bei einem immer weiteren Rückzug des Staates die Kosten des Strukturwandels letztlich trägt, wer in nachhaltige Infrastruktur investiert und Anreize für Innovation gibt.

Das Dialogprogramm beleuchtet diese Fragen im Austausch mit EU-VertreterInnen und europäischen Verbänden, stellt Arbeitskontakte her und diskutiert Lösungsoptionen und -empfehlungen aus dem Blickwinkel der ArbeitnehmerInnen, der Industrie und der VerkehrsnutzerInnen.

24. - 27. Juni 2012

Soziale und ArbeitnehmerInnenrechte im Binnenmarkt

Der europäische Binnenmarkt trägt durch die schrankenlose Mobilität von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital wesentlich zum Wohlstand der EU insgesamt bei. Durch Liberalisierung und Europäisierung wurden im Laufe der Jahre die Hürden für den europäischen Wettbewerb auf den Waren-, Dienstleistungs- und Finanzmärkten abgebaut. Dieser erzeugt jedoch Ungleichgewichte,

die im Wesentlichen durch nationale Maßnahmen ausgeglichen werden müssen. Standortverlegungen von Unternehmen etwa entsprechen zwar dem Wettbewerbsgedanken, die Arbeitsmarktsituation am Schließungsstandort muss jedoch vor allem vom Mitgliedstaat aufgefangen werden. Oder es können Beschäftigte im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit in ein Nachbarland entsendet werden, die gleiche Bezahlung am gleichen Ort für gleiche Arbeit ist jedoch nicht zwingend gewährleistet. So können Unternehmen im Binnenmarkt den Ort mit den für sie günstigsten Sozial-, Tarif- und Arbeitsrechtsbedingungen wählen. Da aber ein verbindlicher europäischer Gesamtrahmen für die Rechte der ArbeitnehmerInnen und den sozialen Fortschritt fehlt, geraten die verschiedenen nationalen Standards innerhalb der EU in einen Abwärtsdruck. Umso mehr kommt es auf die Verbesserung und den Ausbau bestehender Instrumente an, wie etwa die Arbeitszeit- oder Entsenderichtlinie sowie transnationale Strukturen der Mitbestimmung in Form der Europäischen Betriebsräte und die Stärkung von Verhandlungsmechanismen zwischen Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften im Europäischen Sozialen Dialog.

Das Dialogprogramm klärt im Austausch mit VertreterInnen aus den EU-Institutionen und von Seiten verschiedener Verbände über die Entwicklung der europäischen Instrumente zum sozialen Schutz und der ArbeitnehmerInnen auf. Gemeinsam werden Defizite identifiziert und Lösungsoptionen diskutiert.

16. - 20. September 2012 (4 Tage)

Pressenachwuchs für eine europäische Öffentlichkeit: Praxisworkshop und EU-Planspiel

Die Verunsicherung der Menschen hinsichtlich der EU hat in der aktuellen Eurozonen- und Schuldenkrise nicht abgenommen. Soll es nun eher weniger Europa geben, um die nationalen Interessen besser zu schützen, oder besser mehr Europa, um den Kontinent gemeinsam aus der Krise zu führen? Und welcher Nutzen ergibt sich für die EU-BürgerInnen heute im Alltag außer Euro und offenen Grenzen? Wer ist in der EU für welche Beschlüsse verantwortlich? Wie laufen die Entscheidungswege und welche Möglichkeiten der Beteiligung hat der einzelne? Bei der Beantwortung dieser Fragen für die Menschen kommt der Presse eine entscheidende Rolle zu – wie sie Europa vermittelt, welche Aspekte der Themenvielfalt herausgegriffen und wie sie aufbereitet werden.

Die Veranstaltung bietet neben der Auseinandersetzung mit den Grundlagen der Europäischen Union ein EU-Planspiel, bei dem die Entstehung einer konkreten europäischen Richtlinie mit verteilten Rollen simuliert wird. Hinzu kommen eine Schreibwerkstatt, Recherchehinweise zu EU-Themen sowie Hintergrundgespräche mit Brüssel-Korrespondenten zu den Besonderheiten der Pressearbeit

bei der EU. Ein Rundgang durch das Europaviertel und der Besuch einiger EU-Institutionen runden das Programm ab und helfen einen Gesamteindruck vom politischen EU-Brüssel zu erlangen.

14. - 17. Oktober 2012

Europäische Migrationspolitik zwischen drinnen und draußen

Das Thema Migration ist für die EU-Mitgliedstaaten, die sich eine gemeinsame Außengrenze teilen, über Zuwanderung aber möglichst selbst bestimmen wollen sehr sensibel. Dies zeigen nicht zuletzt die Reaktionen einiger Länder, die für eine Wiedereinführung der Grenzkontrollen im Inneren der EU plädierten, nachdem im Zuge des arabischen Frühlings vermehrt Bootsflüchtlinge in Italien und auf Malta gelandet waren. Nicht zuletzt aufgrund dieser Sensibilitäten pendelt die europäische Migrations- und Asylpolitik zwischen Sicherheits-, Schutz- und Abwehrinstinkten einerseits und den notwendigen europäischen humanitären Ansprüchen und Verpflichtungen für Frieden und Entwicklung in der Welt andererseits. Hinzu kommen vermehrt auch wirtschaftliche Erwägungen vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung in Europa. Ein schlüssiger EU-Gesamtrahmen für Zuwanderung ist daraus jedoch noch nicht entstanden und die bestehenden EU-Regelungen zu Aufnahmebedingungen von Flüchtlingen sowie Asylverfahren und -qualifizierung werden zu Lasten der Betroffenen sehr unterschiedlich in den Mitgliedstaaten umgesetzt und angewendet. Gleichzeitig führen die begrenzten Möglichkeiten der legalen Zuwanderung zu einem steigenden Druck auf irreguläre Wege der Einreise und einer stärkere Kriminalisierung durch Schleuser und Menschenhandel.

Das Dialogprogramm diskutiert mit VertreterInnen der EU-Institutionen und von Migrations- und Menschenrechtsorganisationen den Status quo des europäischen Migrationsregimes und erörtert gemeinsam Defizite und Lösungsansätze für eine solidarische Migrationspolitik der EU.

11. - 14. November 2012

Beschäftigung, Qualifizierung und Mobilität in der EU

Im Kontext steigenden Fachkräftemangels in einigen EU-Ländern bei gleichzeitig steigender Arbeitslosigkeit in anderen, ist es notwendiger denn je, dass ArbeitnehmerInnen, Auszubildende und Studierende möglichst ungehindert EU-weit arbeiten und sich qualifizieren können, damit der Arbeitsmarkt sein volles Potential im grenzenlosen Europa entwickeln kann. Doch noch immer gibt es viele Hürden bei der gegenseitigen Vergleichbarkeit und Anerkennung von Abschlüssen, dem Zugang zum Arbeitsmarkt für bestimmte Berufsgruppen, der EU-

weiten Vermittlung qualifizierter Arbeitskräfte oder auch nur beim Wissen über die Lebens-, Sozial- und Arbeitsbedingungen im Nachbarland. Einige Hindernisse hängen mit den starken Kompetenzen der Mitgliedstaaten in den Fragen zu Arbeit, Bildung und Qualifikation zusammen sowie mit unterschiedlichen nationalen Traditionen und Gewohnheiten. Die Rolle der EU ist daher umso wichtiger zur Unterstützung bei der Koordinierung und dem Vergleich der verschiedenen Bildungs-, Qualifizierungs- und Arbeitsmarktsysteme, bei der Zurverfügungstellung und der Erleichterung des Austauschs von Informationen sowie der Erarbeitung und Bereitstellung von Referenzrahmen. Wesentlich fördert die EU mit ihren Programmen auch den Austausch und die Mobilität von Auszubildenden und Studierenden und trägt zur Qualifizierung der Beschäftigten über den Europäischen Sozialfonds und die Programme zum lebenslangen Lernen bei.

Im Dialog mit VertreterInnen aus den EU-Institutionen und deren Umfeld werden die Möglichkeiten, Potentiale und Hindernisse der Mobilität in der EU erörtert, Lösungsoptionen diskutiert sowie Arbeitskontakte hergestellt.

25. - 28. November 2012

Schutz und Stärkung von Grundrechten durch die EU

Die EU als Wertegemeinschaft sollte sich ganz besonders dem Schutz der Grund- und Menschenrechte annehmen. Mit der Europäischen Grundrechtecharta werden diese verbindlich für die EU-Mitgliedstaaten verankert. Darüber hinaus werden in zahlreichen Richtlinien und Verordnungen Gleichstellungsfragen, Diskriminierungsverbote, Minderheitenschutz, Datenschutzbestimmungen oder auch der grenzüberschreitende Schutz von Gewaltopfern weiter konkretisiert. Trotz gemeinsamer Vorgaben erfolgt die Umsetzung und Anwendung der gemeinsamen Richtlinien zum Teil sehr unterschiedlich, was die Grundrechtecharta angeht, haben einige Mitgliedsstaaten sogar ein Befreiung von der verbindlichen Anwendung ausgehandelt. Auch die Weiterentwicklung europäischer Grundrechtsnormen steht vor Hindernissen zum Beispiel im Bereich Antidiskriminierung oder Gleichstellung, wobei sich sowohl unterschiedliche Rechtstraditionen der Mitgliedstaaten gegenüberstehen, als auch widerstreitende ideologische und weltanschauliche Ansätze aufeinander treffen.

Das Dialogprogramm gibt Gelegenheit, im Austausch mit der EU-Ebene den Einfluss europäischer Grundrechte auf nationale Normen zu erörtern, Potentiale für die Weiterentwicklung zu identifizieren und Lösungswege für die Umsetzung zu diskutieren sowie Arbeitskontakte für dieses Themenfeld herzustellen.

02. - 05. Dezember 2012

Neue Förderschwerpunkte für den mehrjährigen EU-Finanzrahmen

Die europäische Förderpolitik ist einer der sichtbarsten Bereiche der EU für die Menschen vor Ort in den Städten und Regionen und daher nicht nur finanziell, sondern auch symbolisch von großer Bedeutung. Umso mehr sind die aktuellen Verhandlungen der Förderschwerpunkte für den nächsten EU-Finanzrahmen von 2014-2020 mit hohem Konfliktpotential aufgeladen. Traditionell umfassen die größten Ausgabenbereiche die europäische Agrarpolitik sowie die Regional- und Strukturförderung. Für die Zukunft muss sich die EU jedoch großen Herausforderungen wie Klimawandel, Demographie, globalem Wirtschaftswettbewerb, Konjunkturschwächen, Arbeitslosigkeit und wachsenden Armutsrisiken stellen. Während dafür allseits mehr Europa gefordert wird, sind die Mitgliedstaaten angesichts ihrer nationalen Sparprogramme allerdings wenig bereit, der EU mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Das Gesamtvolumen des EU-Haushalts von ungefähr einem Prozent des europäischen Bruttonationaleinkommens und damit im Schnitt rund 145 Milliarden Euro jährlich wird also nicht wesentlich ansteigen. Entscheidend ist daher die Umverteilung der knappen Ressourcen weg von tradierten Bereichen hin zugunsten der entscheidenden Zukunftsaufgaben der EU.

Das Dialogprogramm thematisiert die Rahmenbedingungen dieses Umverteilungsprozesses und dessen Bedeutung für die lokalen und regionalen Akteure vor Ort. Gesprächspartner sind VertreterInnen der EU-Institutionen und aus deren Umfeld. Gemeinsam werden die Herausforderungen einer neuen Prioritätensetzung erörtert und Lösungsoptionen diskutiert.

Praktische Informationen zu den Dialogprogrammen in Brüssel

Programmablauf:

Sofern nicht anders angegeben beginnen die Dialogprogramme jeweils montags im angegebenen Seminarzeitraum mit einem ersten einführenden Termin in der Friedrich-Ebert-Stiftung Brüssel um 9:30 Uhr. Die **Anreise der TeilnehmerInnen sollte daher bereits am jeweils davorliegenden Sonntag** erfolgen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung reserviert für die TeilnehmerInnen ab diesem Zeitpunkt ein Hotelzimmer für die Semindauer. Die **Organisation der Anreise der TeilnehmerInnen erfolgt in Eigenregie**. Eine SeminarassistentIn der FES begleitet die Gruppe dann ab dem ersten Programmtag (Montag) und im weiteren Verlauf des Seminars.

Die **Dialogprogramme enden am letzten Seminartag (Mittwoch) zur Mittagszeit** mit einem Abschluss- und Auswertungsgespräch. Dies sollte bei der Reiseplanung berücksichtigt werden.

Da die genaue Programmplanung von der Verfügbarkeit der einzelnen ReferentInnen abhängt, kann **ein detailliertes Programm** frühestens zwei Wochen vor Seminarbeginn an die bestätigten TeilnehmerInnen versandt werden.

Das Seminarprogramm besteht in der Regel aus einzelnen Gesprächsterminen, bei denen die jeweiligen ReferentInnen aus verschiedenen Institutionen eine Einführung in den jeweiligen Programmpunkt geben, um dann über Anmerkungen, Fragen und Antworten in eine gemeinsame Diskussion überzugehen. Abschließend sollen die TeilnehmerInnen in der Lage sein, Empfehlungen zu Problemstellungen und Lösungsansätzen im jeweiligen Themenbereich zu formulieren.

Kosten:

Die Friedrich-Ebert-Stiftung erstattet **Reisekosten** auf Grundlage einer Bahnfahrt 2. Klasse. Die Erstattung erfolgt abzüglich einer **Eigenbeteiligung von 100,- Euro** seitens der TeilnehmerInnen (Ausnahmen gelten für Schüler, Auszubildende, Studierende und Arbeitslose). Dazu bitten wir die TeilnehmerInnen nach der Rückkehr von unserem Seminar um die Einsendung **aller Originalbelege, -rechnungen und -fahrkarten**.

Ist eine **Anreise per Flugzeug** günstiger als mit der Bahn, so wird das Flugticket erstattet. Liegen die Kosten für einen Flug über denen einer Bahnfahrt, so kann eine Erstattung maximal bis zu einem Betrag einer Bahnfahrt 2. Klasse für die äquivalente Reisestrecke erfolgen (ein Nachweis hierzu ist einzureichen.)

Bei der **Anreise mit dem PkW** liegt die Erstattung bei 0,20 Euro/km. Die Grundlage der Erstattung sind dann allerdings maximal 150,- Euro abzüglich der o.g. Eigenbeteiligung von 100,- Euro.

Die Kosten für den unmittelbar im Zusammenhang mit dem Programmablauf stehenden **Transport vor Ort** in Brüssel übernimmt ebenfalls die Friedrich-Ebert-Stiftung. Es handelt sich dabei in der Regel um die Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln zwischen dem Hotel und den einzelnen Programmterminen. Dafür stellt die FES entsprechend Fahrkarten zur Verfügung.

Die **Friedrich-Ebert-Stiftung erstattet** ebenfalls die **Kosten für die Unterkunft**. Das Hotel rechnet das Zimmer inklusive Frühstück direkt über die Friedrich-Ebert-Stiftung ab. Dennoch ist es möglich, dass beim Einchecken im Hotel eine Sicherheit in Form einer Kreditkarte oder einer Bargeldgarantie für eventuelle **Extras** auf den Zimmern, wie Telefonnutzung oder Minibar verlangt wird. **Dies Kosten kann die FES in keinem Falle übernehmen kann**.

Soweit im Programm nicht anders ausgewiesen, tragen die TeilnehmerInnen die Verpflegung in den Mittagspausen und an den Abenden selbst.

Bildungsurlaub:

Für das Seminar kann leider kein Anspruch auf Bildungsurlaub nach dem Bildungsurlaubsgesetz geltend gemacht werden. Die TeilnehmerInnen erhalten jedoch auf Nachfrage ein Bestätigungsschreiben, aus der die Inhalte, die Rolle der TeilnehmerInnen und der weiterbildende Charakter des Programms hervorgehen.

Anmeldung:

Die Anmeldung erfolgt verbindlich über das **Anmeldeformular** im Anhang per Fax oder E-Mail. Anmeldeschluss ist 4 Wochen vor Seminarbeginn, soweit nicht anders angegeben. Übersteigt die Zahl der Anmeldungen die freien Plätze, werden die Interessenten über ihren Wartelistenplatz informiert.

Um Stornierungskosten zu vermeiden, bitten wir im Falle einer Absage seitens der TeilnehmerInnen so früh wie möglich um eine schriftliche **Anmeldestornierung** direkt an: Stephan.Thalhofer@fes-europe.eu oder per Fax: 0032.22.34.62.81

Programmleitung und Kontakt

Stephan Thalhofer

Tel.: 0032 22 34 62 93

Fax: 0032 22 34 62 81

E-Mail: Stephan.Thalhofer@fes-europe.eu

Politische Bildungsprogramme im Europäischen Parlament, Straßburg

Allgemeine Zielsetzung der politischen Bildungsprogramme im Europäischen Parlament in Straßburg

Die politischen Bildungsprogramme im Europäischen Parlament während der Sitzungswochen in Straßburg geben den TeilnehmerInnen einen Einblick in das Tagesgeschehen des Europäischen Parlaments sowie die Gelegenheit, mit Abgeordneten über aktuelle europapolitische Themen zu diskutieren und die Plenarsitzungen vor Ort zu verfolgen. Die Rolle des Europäischen Parlaments im Gefüge der Europäischen Institutionen und die Bedeutung europäischer Politik auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene werden erläutert.

Die Programme richten sich an gesellschaftspolitische MultiplikatorInnen im weiteren Sinne. Darunter sind FunktionsträgerInnen und Mitglieder in lokalen und regionalen politischen Gremien, Verwaltungen, Gewerkschaften, Betriebsräten, Bürgerinitiativen, Verbänden, Vereinen und sonstige Organisationen der Zivilgesellschaft zu verstehen, die Erkenntnisse aus den Informationsbesuchen zu Inhalten auf europäischer Ebene in den lokalen und regionalen Kontext zu Hause vor Ort einfließen und weitermultiplizieren können.

Gleichzeitig sind die TeilnehmerInnen auch Wissensträger, die Erfahrungen von der lokalen, regionalen und nationalen Ebene in die Gespräche aktiv einbringen und einen Beitrag leisten, die europäische näher an die nationale Ebene zu rücken und umgekehrt.

Sitzungswochen des Europäischen Parlaments 2012 in Straßburg, in denen politische Bildungsprogramme möglich sind :

16. – 19.	Januar	21. – 24.	Mai	22. – 23.	Oktober
13. – 16.	Februar	11. – 14.	Juni	25. – 26.	Oktober
12. – 15.	März	02. – 05.	Juli	19. – 22.	November
17. – 19.	April	10. – 13.	September	10. – 13.	Dezember

Praktische Informationen zu den politischen Bildungsprogrammen im Europäischen Parlament in Straßburg

Programmablauf:

Das Europabüro der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert politische Bildungsprogramme im Europäischen Parlament in Straßburg ausschließlich während der Sitzungswochen für **Gruppen von mindestens 10 und höchstens 50 TeilnehmerInnen**. Das Mindestalter ist 16 Jahre. Die Sitzungswochen beginnen in der Regel montags um 17:00 Uhr und enden donnerstags zwischen 13:00 und 18:00 Uhr (je nach Tagesordnung). Das Programm dauert ca. 3 Stunden und beinhaltet ein einstündiges Hintergrundgespräch sowie die einstündige Teilnahme an einer Plenarsitzung. Die An- und Abreise der Gruppen erfolgt in Eigenregie. Im Europäischen Parlament werden die TeilnehmerInnen von einer ReferentIn des Europabüros der Friedrich-Ebert-Stiftung empfangen und während des Besuchs begleitet.

Kosten:

Die Teilnahme an den politischen Bildungsprogrammen im Europäischen Parlament ist kostenlos. Die Reise- und Verpflegungskosten tragen die TeilnehmerInnen selbst.

Anmeldung:

Die Anmeldung kann bis zu einem Jahr im Voraus beim Europabüro der Friedrich-Ebert-Stiftung erfolgen. Wir koordinieren die Termine mit den Büros der Europaabgeordneten und melden die Gruppen beim Besucherdienst des Europäischen Parlaments an. **Endgültige Zusagen** zu den Terminen können jedoch erst ca. 6 Wochen vor dem Besuchstermin gegeben werden, da der Besucherdienst die Plätze nach einem Verfahren vergibt bei dem alle 754 Abgeordnete des Europäischen Parlaments berücksichtigt werden, die Plätze jedoch begrenzt sind. Dadurch können sich kurzfristige Terminänderungen ergeben.

Programmleitung und Kontakt:

Janett-Li Schrader
Tel.: 0032 2 234 62 94
Fax: 0032 2 234 62 81
E-Mail: janett.schrader@fes-europe.eu

Das Europabüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist seit 1973 mit einem eigenen Büro in Brüssel vertreten. Als Verbindungsbüro zu den EU-Institutionen, den internationalen und europäischen Dachorganisationen der Gewerkschaften, diplomatischen Vertretungen, Lobbybüros und Wirtschaftsverbänden ist es ein wichtiger Faktor in der internationalen Arbeit der FES und ihrer weltweit über 90 Büros.

Das Europabüro Brüssel verfolgt heute mit seiner Arbeit folgende Ziele:

- über die Strukturen und Entscheidungsprozesse der Europäischen Union zu informieren
- den politischen Dialog zwischen Entscheidungsträgern auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene mit ihren Partnern auf europäischer Ebene zu fördern
- die Möglichkeit zu bieten, aktiv beratenden Einfluss auf den europäischen Integrationsprozess und die außen- und entwicklungspolitischen Politiken der EU zu nehmen.

Dazu führt das Europabüro InformationsDialogprogramme, Konferenzen, Fachgespräche und Studienaufenthalte für ausgewählte EntscheidungsträgerInnen und MultiplikatorInnen aus Deutschland und anderen Partnerländern der Friedrich-Ebert-Stiftung aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Medien, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen durch.